



# Abbaupläne bei der Post kommen schlecht an

Berggebiete wehren sich gegen die Idee, Briefe nicht mehr jeden Tag zuzustellen. Der Stadt-Land-Graben würde grösser.

Keine tägliche Postzustellung mehr, weniger Poststellen, höhere Gebühren: Das sind Gedanken, die der Bund für die Post der Zukunft ins Auge fasst. Denn spätestens ab 2025 könnte der Konzern in eine finanzielle Schieflage geraten. Zu stark gehen die Briefmengen zurück.

Doch die Pläne, die CH Media gestern publik machte, stossen bereits jetzt auf Widerstand. «Ein Abbau der Grundversorgung ist für uns nicht verhandelbar», sagt Thomas Egger. Der Walliser ist Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete. «Der Service public ist schon viel zu stark ausgedünnt worden.» Ähnlich argumentiert Martin Candinas. Die tägliche Postzustellung sei nicht verhandelbar, sagt der Bündner Mitte-Nationalrat. Ein Abbau in diesem Bereich führe «unweigerlich zu einer Benachteiligung und zu einem Attraktivitätsverlust» der Berggebiete. «Glauben Sie nur nicht, dass der Abbau flächendeckend wäre. Wo es sich lohnt oder Konkurrenz besteht, würden die Briefe nach wie vor täglich verteilt.» Candinas verweist auf den Ausbau schneller Internetleitungen. «Investiert wird in erster Linie in den Städten und Agglomerationen, aber nicht in unseren Dörfern.»

Zwar ist auch für die Thurgauer SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher die tägliche Postzustellung nicht verhandelbar. Grundsätzlich aber müsse die Diskussion über das künftige Angebot geführt werden, schliesslich stehe die Post unzweifelhaft vor grossen Herausforderungen. Wo genau allenfalls eine Neuausrichtung stattfinden könnte, müsse nun bis 2024 vertieft geprüft werden. Kritisch ins Gericht geht Graf-Litscher mit der angekündigten Veräusserung der Postfinance. «Wenn wir Interesse an einem starken Service public haben, darf das Filetstück nicht privatisiert werden.»

Ganz anders tönt es bei der liberalen Denkfabrik Avenir Suisse. «Abspecken, entbündeln und privatisieren», lautet deren Haltung zur künftigen Post. Im Bereich der Grundversorgung leiste sich die Schweiz «bis heute eine international einzigartige und entsprechend kostspielige Luxuslösung», betont Avenir Suisse. Es gehe nicht darum, «jemandem etwas wegzunehmen», sagt Samuel Rutz von der Denkfabrik. «Es ist heute schon Realität – in den Berggebieten wie in den Städten –, dass die Leute ihre Post noch alle drei oder vier Tage öffnen.» Avenir Suisse möchte das Monopol bei den Briefen bis

50 Gramm knacken. Die deutlich abgespeckte Grundversorgung, die nur noch B-Post umfassen würde, würde dann öffentlich ausgeschrieben. Wie teuer sie käme, wäre ersichtlich. «Die Diskussion hätte eine grössere Chance, wenn die Grundversorgung ein klares Preisschild hätte und direkt vom Steuerzahler berappt werden müsste», sagt Rutz. Für ihn ist klar: «Soll die Post nicht zu einem kostspieligen, vom Steuerzahler zu berappenden Sanierungsfall verkommen, ist Handlungsbedarf geboten.»

Martin Candinas dagegen kämpft gegen die Vorstellung, dass bisher zu wenig getan worden sei: «In der Surselva wurden in den letzten zehn Jahren zwei Drittel der Poststellen geschlossen. Heute haben wir auf einer Fläche des Kantons Luzern noch drei.»

Es gehe ihm nicht darum, ob es nun eine Agentur oder eine Poststelle gebe, oder ob die Briefe am Vor- oder Nachmittag zugestellt werden. «Wichtig ist, dass wir die Dienstleistungen haben.» Und wo will Candinas ansetzen? Vorstellen kann er sich Preiserhöhungen bei der Briefpost: «Wir müssen den Mut haben, darüber zu reden. Wo sonst gab es seit 17 Jahren keine Preiserhöhung?» (lft)